der Sozialdemokratie ohne weiteres anerkennte, wies er doch einige Entwürfe des Referenten Fellisch gegen die bürgerlichen Parteien als ungerecht zurück, insonderheit, soweit er ihnen die alleinige Schuld am Kriege und an der U-Boot-Kampagne beimaß. Es sei auch ungerecht, die Demokraten als „unehrlich" zu bezeichnen, da sie sich doch nur auf den einmal gegebenen Boden der demokratischen Staatsform stellen wollen. Das wirtschaftliche Programm der Sozialdemokratie hält Redner zwar für ein ideales, aber doch nur nach einer langen Entwickelung für durchführbar, wobei er auf die Gefahren seiner überstürzten Verwirklichung hinwies.

Alsdann erging sich Herr Zettel in heftigen Angriffen gegen das „Auer Tageblatt". Wenn Herr Zettel seine Entrüstung darauf stützte, daß das „Auer Tageblatt" vor einiger Zeit in einem Leitartikel den A.- und S.-Räten vorwarf, daß sie in der kurzen Zeit ihrer Tätigkeit bereits 800 Millionen ausgegeben hätten, so war das nicht eine Erfindung des genannten Blattes, sondern eine Behauptung, die, von sozialdemokratischer Seite unwidersprochen, von Berlin ausging und in die ganze bürgerliche Presse Eingang fand. Wohl erschien nach mehreren Tagen ein lakonischer Widerruf des Wolffschen Büros und das „Auer Tageblatt" gab ihr pflichtgemäß Raum. Aber erst auf der Reichskonferenz der A.- und S.-Räte in Berlin ist die Finanzwirtschaft des Berliner Vollzugsrates aufgeklärt worden, allerdings nicht ohne daß kein Geringerer als der Regierungspräsident Ebert dabei über die Verschwendungssucht des Vollzugsrates bittere Klage geführt hätte.

Als nächster Redner wies Herr Schriftsteller Fuhrmann in sehr wirkungsvollen Darlegungen die gegen die bürgerlichen Demokraten vom Referenten geschleuderten Anwürfe zurück. Er wandte sich besonders dagegen, daß diese nun in mephistophelischer Verkleidung mit dem lächelnden Antlitz der Freiheitsschwärmer ihre finsteren reaktionären Machtgelüste im Mantel der Demokratie geschickt zu verbergen suchen und setzte dann die Verschiedenheit der Weltanschauung der Demokratie und Sozialdemokratie namentlich in wirtschaftlicher und agrarpolitischer Beziehung sachlich auseinander. Nach ihm ergriff das Wort Herr Ziegler, der zunächst die Bauern, besonders die Lehrerschaft, für die Sozialdemokratie zu gewinnen suchte und der sich dann in durchaus maßvollem Tone mit den Ausführungen des Herrn Fuhrmann beschäftigte, in dessen persönliche Loyalität er keinen Zweifel setzte, während er die hinter ihm stehende Gefolgschaft der Demokratie nach Kräften zu diskreditieren suchte.

Wenn nun Herr Fellisch in seinem Schlußworte mit Bezug auf die bevorstehenden Wahlen erklärte, daß die Sozialdemokratie jetzt bestrebt sein müsse, alles niederzurennen, was sich ihr entgegenstellte, so erinnert das einmal lebhaft an einen berüchtigt gewordenen Ausspruch Wilhelms II., es beweist aber auch, daß es der Sozialdemokratie nur um die Erlangung und Befestigung der Herrschaft, ihrer Herrschaft, zu tun ist, während die bürgerliche Demokratie in der Teilnahme des Volksganzen an der Wahl den alleinigen Ausdruck des Volkswillens sieht. Klassenherrschaft aber ist gleichbedeutend mit Diktatur.

•

Die Weihnachtsferien der hiesigen Schulen haben heute begonnen und dauern bis 7. Januar. In den meisten Schulen fanden heute Weihnachtsfeiern statt.

Weihnachtsfeier des Frauenvereins. Der Frauenverein veranstaltet eine Weihnachtsfeier für seine Pfleglinge, Witwen und Waisen, wie alljährlich morgen Sonntag nachmittag nachmittags punkt ¼5 Uhr im Saale des Nikolai-Pfarrhauses. Die Mitglieder, Gönner und Freunde des Vereins sind zu dieser Feier willkommen.

Aufklärungsversammlung für Frauen und Mädchen. Der „Christliche Frauendienst im Königreich Sachsen" wird Montag, den 30. Dezember, abends 8 Uhr im „Bürgergarten" eine große Aufklärungsversammlung für alle Frauen und jungen Mädchen im Auer Tale veranstalten.

Kürzung der Brotration? In der vorgestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in Neukölln (Berlin) machte der Dezernent für Ernährungswesen folgende Mitteilung: Auf Grund von Beschlüssen, die vor der Revolution liegen, hatte man die Brotration auf 2315 Gramm erhöht. Leider wurde durch die Reichsgetreidestelle festgestellt, daß die Ration nicht auf der gleichen Höhe bleiben kann. Wenn keine Lebensmittel aus dem Auslande kommen, müßte in sehr erheblichem Maße eine Kürzung der Brotration eintreten. Wenn die Kartoffelzufuhr versagt, müsse zu Ersatzmitteln gegriffen werden. Als solche seien Dörrgemüse und Rüben gedacht. — Nette Aussichten!

Eine Bitte an die A.- und S.-Räte. Die Reichsregierung bittet die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte dringend, Mannschaften des Feldheeres Fahrtausweise in die Heimat nicht auszustellen, da hierdurch eigenmächtiges Entfernen von der Truppe in einer Weise begünstigt wird, die bei dem Drange der Heeresangehörigen in die Heimat gerade jetzt vor Weihnachten von großen Schwierigkeiten für die Transportlage begleitet sein kann.

Befreiung von der Anmeldung zur Stammrolle. Die im Jahre 1899 geborenen, in Sachsen wohnenden Wehrpflichtigen werden bis auf anderweite Anordnung von der durch Paragraph 31 des Reichsmilitärgesetzes bez. Paragraph 25 der Wehrordnung vorgeschriebenen Pflicht, sich in der Zeit vom 2. bis 15. Januar 1919 bei der Ortsbehörde zur Rekrutierungs-Stammrolle anzumelden, befreit.

Verschleuderung von Heeresgut. Das Demobilmachungsamt in Dresden hat folgendes angeordnet: Wer Heeresgut, insbesondere Kraftwagen und Pferde, von anderen Personen, als den zur Veräußerung befugten militärischen Stellen erwirbt, erlangt an diesen Gegenständen kein Eigentum. Werden solche Kraftwagen und Pferde in Gewahrsam von Personen betroffen, die nicht nachweisen können, daß sie Eigentum an diesen Gegenständen erlangt haben, so sind die Kraftwagen und Pferde von den Demobilmachungsorganen oder ihren Beauftragten den Besitzern ohne Entschädigung abzunehmen und sicherzustellen. Die Polizeibehörden werden beauftragt, unrechtmäßig erworbenes Heeresgut, insbesondere Kraftwagen und Pferde, ihren Besitzern wegzunehmen und sicherzustellen.

Die Aerzte und unsere Ernährung. In einer Versammlung der mehr als 3000 Mitglieder umfassenden ärztlichen Vereine Groß-Berlins wurde eine Erklärung angenommen, in der es heißt, daß die Ausführungen erster Kapazitäten, wie der Professoren Rubner, Kraus, Czerny, Geheimrat Dr. Hamel, Stadtmedizinalrat Weber und Professor L. Kuttner die Erfahrungen der praktischen Aerzte über die zunehmende Verschlechterung unserer Ernährungsverhältnisse bestätigen. Unter dem Hinweis, daß unsere Nahrungsmittelvorräte binnen kurzem erschöpft sein werden, daß die Volksgesundheit während der 4½jährigen Blockade Deutschlands schwer beeinträchtigt worden ist und die Sterblichkeit um ein Drittel, bei Kindern zwischen 1 und 15 Jahren um die Hälfte und bei Tuberkulose in den Städten sogar um das Doppelte zugenommen hat, daß ferner die mit der Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen weiter bevorstehenden Einbußen unserer Ernährung eine allgemeine Hungersnot in kurzer Zeit heraufbeschwören werden, wird an die Regierung die dringende Forderung gerichtet, mit allen Mitteln die ordnungsmäßige Erfassung und Verteilung der in Deutschland vorhandenen Lebensmittel durchzuführen. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die feindlichen Regierungen ihren in letzter Stunde bekundeten Willen betreffend Zufuhr von Lebensmitteln nach Deutschland rechtzeitig und ausreichend erfüllen werden. — Gegen diese Entschließung kann nichts eingewendet werden. Es sei aber gestattet, daran zu erinnern, daß gerade die Aerzte es waren — und unter ihnen einige bekannte Autoritäten — die während des Krieges wiederholt den wissenschaftlichen Nachweis zu erbringen versuchten, daß die Unterernährung keinerlei gesundheitliche Nachteile im Gefolge habe, daß unser Volk durch den verminderten Fleischgenuß usw. noch viel widerstandsfähiger geworden sei, daß die Gesundheit unserer Jugend sich nicht verschlechtert, sondern verbessert habe u. dgl. m. Ja, es gab sogar Aerzte, die — mit Rücksicht auf den Seifenmangel — fachmännisch darzulegen wußten, daß das viele Baden gesundheitsschädlich sei! Es ist zu begrüßen, daß die Aerzte jetzt zu einer anderen Erkenntnis gekommen sind.

Theater, Konzerte, Vergnügungen.

„Die Welt ohne Männer" heißt der neueste Schwank in drei Akten von Alexander Engel und Julius Horst, den die von ihren früheren Gastspielen her bekannte Dresdner Operetten-Gesellschaft (Direktion Alfred Tittel und Fritz Richard) am ersten Weihnachtsfeiertag abends 8 Uhr im Bürgergarten zur Aufführung bringen wird. Am Berliner Lustspielhaus und anderorts (in Dresden 50 mal bei ausverkauftem Hause) hatte das Stück den durchschlagendsten Lacherfolg der vergangenen Spielzeit. — Für die hiesige Aufführung werden erstklassige Kräfte Dresdner Theater beschäftigt sein. Karten sind im Vorverkauf zu haben in den Zigarrenhandlungen von Miltzer und Lorenz.

• • •

zh. **Neustädtel**, 20. Dezember. Der in den Kirchgemeinden Albernau, Bockau, Neustädtel und Zschorlau bestehende gemeinsame Gustav-Adolf-Verein hielt heute hier seine zweite diesjährige Versammlung ab. Vorsitzender Pfarrer Märker trug den Tätigkeitsbericht vor, während Oberlehrer Kantor Müller über die Sammlungen für das evangelische Liebeswerk im Vereinsgebiete berichtete. Das Ergebnis derselben ist ein recht günstiges, es betrug 591 Mk., hierzu trugen bei Albernau 50 Mk., Zschorlau 123 Mk., Neustädtel 202 Mk. und Bockau 197 Mk. An den Leipziger Hauptverein werden 510 Mk. abgeführt; von dem zur Verfügung des Zweigvereins stehenden Drittel erhalten je 40 Mk. die evangelischen Gemeinden in Traun (Oberösterr.), St. Joachimsthal, das evangelische Kinderheim in Deutsch-Horschowitz, und 50 Mk. wird einer evang. Gemeinde in Ostpreußen zugewiesen. Das Jahresfest soll in Albernau stattfinden.

Thalheim, 20. Dezember. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgange hat sich am Mittwoch hier zugetragen. In einer Mangelstube in der Friedrichstraße war um die Mittagszeit die im 65. Lebensjahr stehende Frau Marie Fengel allein an der Mangel beschäftigt. Als Nachbarn, durch einen Schrei aufmerksam geworden, in den Raum eintraten, fanden sie die bedauernswerte Frau, zwischen einer Säule und der Mangel eingeklemmt, leblos vor. Wie sich das Unglück zugetragen, wird kaum festzustellen sein, wahrscheinlich hat die Unglückliche noch etwas an der Docke ordnen wollen und ist von der Mangel erfaßt worden.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Geißmann.
Druck und Verlag: Auer Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H.

Letzte Drahtnachrichten.

Keine Milderung der Blockade.

Berlin, 20. Dezbr. In der letzten Sitzung der Gefangenenkommission in Spa erinnerte der deutsche Vorsitzende an die drohenden Ernährungsschwierigkeiten, weshalb eine Milderung der Blockade auch im Interesse der Gefangenen geboten sei. Eine Milderung der Blockade wurde französischerseits verweigert.

Spa, 20. Dezbr. Der Vertreter der deutschen Regierung hat an den Vorsitzenden der internationalen Waffenstillstandskommission folgende Note gerichtet: In Berlin sind Nachrichten eingelaufen, wonach die Sperre zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland verschärft worden sein soll. Auftragsgemäß erbitte ich Aufklärung.

Berlin, 20. Dezbr. In der heutigen Sitzung der Waffenstillstandskommission wurde von dem Vertreter der deutschen Regierung eine Note überreicht, nach welcher die norwegische Regierung gebeten hat, sechs deutschen, sich auf dem Wege nach Helsingfors befindlichen, mit norwegischen Schiffsprodukten beladenen und ebenso einigen deutschen, die sich noch in deutschen Häfen aufhalten, mit Rohmaterialien für Norwegen beladenen Dampfern Geleitscheine bis zum Bestimmungsort zu erteilen.

Wilsons Entschlossenheit.

Berlin, 20. Dezbr. Der „Manchester Guardian" schreibt zu dem verfrühten Besuche Wilsons in London: Der Präsident will handelnd auftreten, die Umstände erlauben kein Hinausschieben. Die Nachrichten aus Deutschland zeigen, daß es absolut notwendig ist, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen und die Industrien wieder in Gang zu bringen, wenn die Ordnung gewahrt bleiben soll. Wilson kam mit bestimmten politischen Grundsätzen nach Europa und ist fest entschlossen, sie durchzuführen. Die Alliierten hatten diese Grundsätze formell angenommen und die Uebergabe Deutschlands fand unter diesen Bedingungen statt. Wilson hat aber sicher in Paris einige Widersprüche zwischen dieser allgemeinen Annahme und einigen Forderungne entdeckt, die in den verschiedenen Ländern, England nicht ausgenommen, aufgestellt wurden. Es ist Aufklärung und eine deutliche endgültige Abmachung nötig. Wilson ist ein außerordentlich entschlossener Geschäftsmann und wünscht zu wissen, ob ein Frieden nach seinen Grundsätzen kommen wird, oder ob die nationalen Einzelinteressen überwiegen werden.

London, 20. Dezbr. (Reuter.) Präsident Wilson und Frau Wilson werden am 26. Dezember in London eintreffen und Gäste des Königs im Buckinghampalast sein. Ueber die Dauer ihres Aufenthaltes ist noch nichts bekannt.

London, 20. Dezbr. (Reuter.) Die Arbeiterpartei wird am 2. Januar in der Albert-Hall eine große Demonstrationsversammlung zugunsten einer sofortigen Errichtung des Völkerbundes veranstalten. Aehnliche Kundgebungen werden in anderen Städten stattfinden. Wilson soll eine Adresse überreicht werden.

Frankreichs Entschädigung.

Bern, 20. Dezbr. In der gestrigen Sitzung des Senates erklärte Ribot anläßlich der Erörterung über die Verlängerung des Privilegs der Bank von Frankreich, daß sich das allgemeine Budget Frankreichs ungefähr auf 17 Millionen Francs belaufen werde. Um die Finanzen auszugleichen, müsse Frankreich vom Feinde eine große Entschädigung verlangen.

Polnische Anmaßung.

Allenstein (Ostpr.), 20. Dezbr. Das Regierungsamtsblatt des Bezirks Allenstein bringt eine Bekanntmachung, nach welcher die polnische Regierung in Warschau Wahlen zur konstituierenden polnischen Nationalversammlung auch in dem hiesigen Regierungsbezirk, mit Ausnahme der Kreise Sensburg und Lötzen, ausgeschrieben hat. (!!) Da jede Veranlassung von Wahlen, Vorbereitungen dazu, Aufstellung von Wählerlisten und Kandidaten, sowie Verbreitung von Wahlflugblättern sich als Verbrechen des Hochverrates darstellt, wird von irgendwelcher Teilnahme an solchen Handlungen dringend gewarnt. — Die „D. Allg. Ztg." erklärt, daß die Regierung mit allen Mitteln die polnischen Wahlen auf deutschen Gebieten zu verhindern wissen werde.

Kundgebung der Demokratischen Partei.

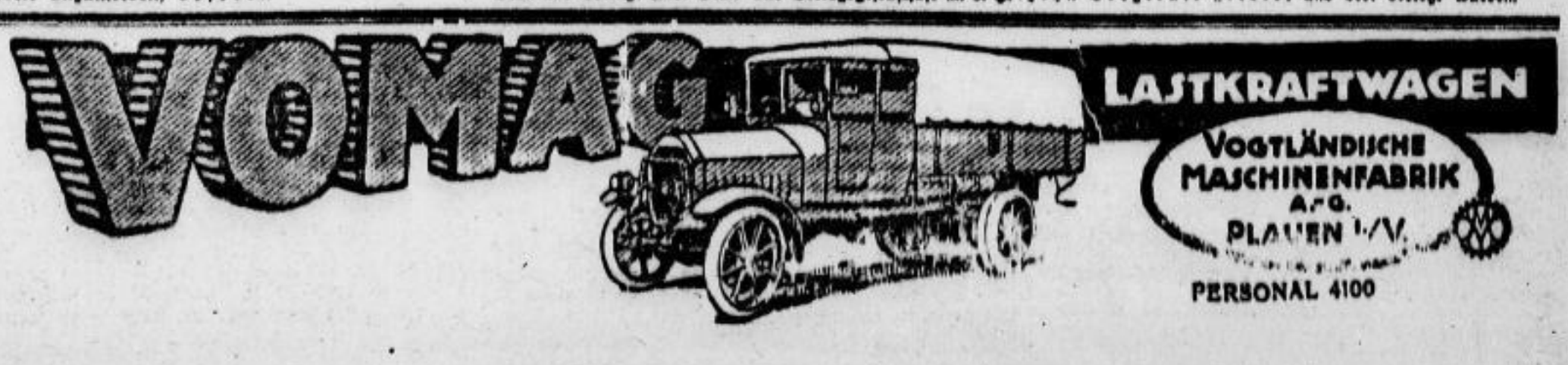
Berlin, 20. Dezbr. Eine Kundgebung für die deutsche demokratische Partei veranstaltete gestern der erste Berliner Reichstagswahlkreis. Professor Max Weber hielt es für geboten, mit der Vergangenheit endgültig abzuschließen. Unsere Zukunft stehe im Zeichen der Reichsverfassung, die jedoch bei dem Druck der Fremdherrschaft nicht ohne Wilsons Beeinflussung zustande kommen könne.

Sozialdemokratie und Zentrum.

Berlin, 20. Dezbr. In einer Versammlung des Zentrumsvereins Berlin mit Berlin-Mitte sagte der frühere Justizminister Spahn der Sozialdemokratie den Kampf an für den Fall, daß er dem Zentrum entgegengebracht würde. Das Zentrum habe im letzten Jahre der Sozialdemokratie wiederholt den Steigbügel gehalten, damit sie auf dem Pferde bleiben konnte.

Keine Verhaftung, sondern Ausweisung.

Berlin, 20. Dezbr. Die Meldung französischer Blätter, daß die Präsidenten des Appellationshofes, mehrere höhere Gerichtsbeamte und Lehrer im Elsaß verhaftet worden seien, ist unrichtig. Die Genannten befinden sich ausnahmlos in Altdeutschland. Offenbar ist Ausweisung mit Verhaftung verwechselt worden.

Ein Bergwerksunglück.

Homburg (Pfalz), 20. Dezbr. Auf der Grube Frankenholz ereignete sich eine Kohlenstaubexplosion, durch die zehn Bergleute getötet und drei verletzt wurden.